

Osterholzer Kreisblatt 28.12.2023

Rundmail an Kommunalpolitiker

Politiker sollen handeln, damit Behörde gegen verschleppte Sanierung in Waakhausen massiver vorgeht



Trotz Blei im Boden wird weiter auf den Kugelständen geschossen: Die Bürgerinitiative Naturschutz Worpswede protestiert mit Transparenten dagegen.

Landkreis-Osterholz. Die Waakhauser Schießplatz-Gegner fordern die Osterholzer Kreispolitik in einer Rundmail dazu auf, bei der Sanierung des belasteten Geländes mehr Druck auf die Kreisverwaltung auszuüben. Der Landkreis lege im Umgang mit den Betreibern schon seit Jahrzehnten ein „extrem nachsichtiges, lasches Verhalten an den Tag“. Dies führe dazu, „dass die Akzeptanz der Bürger bezüglich der Exekutive gegen Null geht“, warnt die Bürgerinitiative „Naturschutz Worpswede“. Das Schreiben ist an beinahe 60 Kreistagsabgeordnete und Gemeinderatsmitglieder gerichtet und prangert „unsensible Intransparenz und Verschleppung“ der Verantwortlichen an. Durch mangelhafte Überwachung sei die Behörde „für diese Umweltverseuchung mit verantwortlich“. Das sei ein Skandal, der an die Explosion der Chemiefabrik Organo-Fluid aus dem Jahr 2014 erinnere.

Die Unterzeichner Andreas Oeller und Silvia Vaßen-Langenbach skizzieren in dem Appell die Chronologie der überfälligen Sanierung in Waakhausen. Seit einem Gutachten vom Februar 2021 stehe demnach fest, dass die gefährliche Bodenbelastung beseitigt werden muss. Doch wann es dazu kommt, ist weiter ungewiss. Die BI folgert: Das „defensive, hilflose Agieren ohne klare Struktur und Ziel“ lasse bei der Überwachungsbehörde mittlerweile „Unfähigkeit oder gar Unwillen vermuten, die katastrophalen Umwelt-Zustände auf dem Schießplatzgelände zeitnah zu beenden“. Nun wird frühestens im Februar 2024 ein Sanierungsplan vorliegen, nachdem die Schießplatz-GmbH wiederholt Fristen habe verstreichen lassen, ohne die stets nur angedrohten Konsequenzen tragen zu müssen.

Im Gegenteil: Nun müsse zunächst auch noch „Steuergeld verschwendet werden, das an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt wäre“. Und ein waffenaffines Klientel nutze das zögerliche Vorgehen des Landkreises unterdessen zur Intensivierung des Schießbetriebs auf den ebenfalls noch nicht sanierten Kugelständen – trotz „eindeutiger Verweigerungshaltung der völlig unkooperativen Betreiberin“.

Es fehle am Durchsetzungswillen, den Schießbetrieb in Waakhausen umgehend zu beenden, konstatieren die Absender. Sie widersprechen damit der Ansicht des Landrats, wonach für eine Stilllegung die rechtliche Handhabe fehle.